

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Clara Bünger, Dr. André Hahn, Gökyak Akbulut, Anke Domscheit-Berg, Nicole Gohlke, Susanne Hennig-Wellsow, Jan Korte, Ina Latendorf, Petra Pau, Martina Renner, Dr. Petra Sitte, Kathrin Vogler und der Gruppe Die Linke
– Drucksache 20/14492 –

Abschiebungen und Ausreisen im Jahr 2024

Vorbemerkung der Fragesteller

Im Jahr 2023 wurden 16 430 Menschen aus Deutschland abgeschoben, was einen deutlichen Anstieg gegenüber den Vorjahren bedeutet. 2022 hatte die Zahl der Abschiebungen bei 12 945 gelegen, 2021 noch bei 11 982. Die wichtigsten Zielstaaten der Abschiebungen waren 2023 Georgien, Österreich, Nordmazedonien, Albanien und Moldau. Auch die Zahl der Dublin-Überstellungen, die eine Teilmenge der Abschiebungen sind, ist 2023 gestiegen: 5 053 Personen wurden im vergangenen Jahr in andere EU-Staaten überstellt (2022: 4 158), die meisten davon nach Österreich, Frankreich und Spanien. Nach Italien wurden im ganzen Jahr 2023 nur elf Personen überstellt (siehe dazu und im Folgenden die regelmäßigen Kleinen Anfragen der Gruppe Die Linke bzw. der Fraktion DIE LINKE., zuletzt auf den Bundestagsdrucksachen 20/11471, 20/9796, 20/5795 und 20/3130). Zusätzlich kehrten 2023 10 763 Personen mit einer finanziellen Förderung des Bund-Länder-Programms REAG/GARP (Reintegration and Emigration Programme for Asylum Seekers in Germany/Government Assisted Repatriation Programme) in ihr Herkunftsland zurück (2022: 7 877), hinzu kamen 5 832 Ausreisen mit einer finanziellen Förderung der Bundesländer. Als Näherungswert für „freiwillige Ausreisen“ kann zudem die Zahl der ausreisepflichtigen Personen herangezogen werden, die bei der Ausreise von der Bundespolizei mit einer Grenzübertrittsbescheinigung erfasst werden. Das betraf 2023 29 949 Personen (2022: 26 545).

In den letzten Jahren gab es immer wieder Berichte über Polizeigewalt, Familientrennungen, Fesselungen und Zwangsmedikationen bei Abschiebungen (vgl. Bundestagsdrucksachen 19/4960 und 19/7401). 2019 rügte das Antifolterkomitee des Europarats die deutsche Abschiebepaxis: Die Behörden sollten insbesondere auf „unverhältnismäßige und unangemessene“ Gewaltanwendung verzichten und Maßnahmen unterlassen, die bei den Betroffenen ein Erstickengefühl auslösten oder ihnen starke Schmerzen zufügten, etwa durch Quetschen der Genitalien (www.spiegel.de/politik/deutschland/abschiebungen-europarat-kritisiert-deutschland-bericht-des-anti-folter-komitees-cpt-a-1266507.html). Auf ein gewaltsames Vorgehen bei Abschiebungen deutet

nach Auffassung der Fragestellenden auch der Einsatz von sogenannten Hilfsmitteln der körperlichen Gewalt hin. Im Jahr 2023 setzten Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte während Abschiebungen in 1 040 Fällen Hand- und Fußfesseln, Stahlfesseln und sogenannte Bodycuffs ein (2022: 800, 2021: 716). Am häufigsten wurden Menschen bei Abschiebungen in die Zielstaaten Algerien, Gambia und Nigeria gefesselt.

1. Wie viele Abschiebungen gab es im Jahr 2024?

Nach Kenntnis der Bundesregierung sind im Jahr 2024 20 084 Abschiebungen vollzogen worden.

a) Wie viele Abschiebungen gab es im Jahr 2024, differenziert nach Zielländern?

Die nachfolgende Übersicht enthält die Aufschlüsselung der vollzogenen Abschiebungen nach Zielstaaten.

Zielstaat	Anzahl abgeschobener Personen
Georgien	1 854
Nordmazedonien	1 396
Türkei	1 087
Albanien	1 074
Serbien	1 031
Frankreich	975
Österreich	970
Spanien	901
Moldau	859
Irak	699
Bulgarien	697
Polen	663
Algerien	546
Kroatien	500
Kosovo	486
Rumänien	443
Marokko	375
Nigeria	356
Niederlande	320
Schweden	301
Tunesien	294
Belgien	293
Griechenland	246
Schweiz	244
Portugal	218
Gambia	205
Aserbaidshjan	196
Italien	192
Pakistan	169
Armenien	167
Indien	167
Bosnien-Herzegowina	162
Lettland	126
Litauen	115
Tschechien	115
Ghana	107

Zielstaat	Anzahl abgeschobener Personen
Montenegro	100
Finnland	75
China	68
Russische Föderation	66
Ägypten	63
Kolumbien	61
Vietnam	52
Venezuela	51
Slowenien	47
Jordanien	46
Kamerun	45
Slowakei	45
Bangladesch	43
Tadschikistan	42
Dänemark	41
Ungarn	38
Brasilien	32
Côte d'Ivoire	32
Sierra Leone	32
Malta	31
Sri Lanka	30
Usbekistan	30
Senegal	29
Afghanistan	28
Estland	26
Kasachstan	25
Kongo, Demokratische Republik	24
Togo	24
Thailand	22
Norwegen	20
Äthiopien	18
Chile	18
Libanon	18
Guinea	16
Iran	14
Vereinigte Staaten von Amerika	14
Somalia	12
Mongolei	11
Vereinigtes Königreich	10
Zypern	9
Luxemburg	8
Philippinen	8
Turkmenistan	8
Dominikanische Republik	6
Israel	6
Mali	6
Peru	6
Tansania	6
Uganda	6
Benin	5
Kenia	5
Kirgisistan	5
Angola	4

Zielstaat	Anzahl abgeschobener Personen
Australien	4
Jamaika	4
Mexiko	4
Paraguay	4
Eritrea	3
Liberia	3
Mosambik	3
Nepal	3
Belarus	2
Argentinien	1
Dschibuti	1
El Salvador	1
Guatemala	1
Irland	1
Japan	1
Kanada	1
Kap Verde	1
Kongo, Volksrepublik	1
Korea, Republik	1
Kuba	1
Laos	1
Libyen	1
Malawi	1
Mauretanien	1
Namibia	1
Nicaragua	1
Saudi-Arabien	1

- b) Wie viele Abschiebungen gab es im Jahr 2024, differenziert nach Staatsangehörigkeit der Betroffenen?

Die nachfolgende Übersicht enthält die Aufschlüsselung der vollzogenen Abschiebungen nach Staatsangehörigkeiten.

Staatsangehörigkeit	Anzahl abgeschobener Personen
Georgien	1 882
Türkei	1 854
Afghanistan	1 463
Nordmazedonien	1 399
Syrien	1 255
Albanien	1 087
Serbien	1 023
Irak	916
Moldau	865
Algerien	799
Marokko	517
Kosovo	498
Nigeria	477
Russische Föderation	396
Tunesien	366
Polen	300
Rumänien	298
Pakistan	281
Aserbaidshchan	257

Staatsangehörigkeit	Anzahl abgeschobener Personen
Indien	253
Gambia	228
Armenien	195
Somalia	174
Bosnien-Herzegowina	168
Bulgarien	156
Guinea	138
Iran	134
Ägypten	127
China	116
Ghana	113
Montenegro	102
ungeklärt	94
Libanon	84
Angola	77
Jordanien	77
Kolumbien	75
Kamerun	70
Sri Lanka	70
Vietnam	67
Venezuela	64
Senegal	59
Côte d'Ivoire	58
Litauen	58
Tadschikistan	54
Bangladesch	53
Italien	52
Äthiopien	50
Eritrea	48
Belarus	47
Libyen	45
Kongo, Demokratische Republik	44
Sierra Leone	43
Sudan	43
Tschechien	38
Usbekistan	38
Kasachstan	37
Brasilien	36
Slowakei	34
Lettland	31
Togo	31
Kroatien	28
Ungarn	28
Ukraine	27
Griechenland	26
Mongolei	26
Benin	23
Thailand	23
Mali	22
Jemen	21
Chile	20
Niederlande	20
Spanien	18

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Staatsangehörigkeit	Anzahl abgeschobener Personen
Uganda	17
Kenia	16
Simbabwe	15
Tansania	15
Kirgisistan	14
Niger	14
Vereinigte Staaten von Amerika	14
Burkina Faso	13
Frankreich	13
Peru	13
Portugal	13
Burundi	12
Liberia	12
staatenlos	12
Kuba	11
Myanmar	11
Dschibuti	10
Vereinigtes Königreich	9
Jamaika	9
Turkmenistan	9
Mosambik	8
Südafrika	8
Südsudan	8
Estland	7
Israel	7
Österreich	7
Philippinen	7
Dominikanische Republik	6
Ecuador	6
Ruanda	5
Australien	4
Bahrain	4
Belgien	4
Kap Verde	4
Mauretanien	4
Nepal	4
Besetzte Palästinensische Gebiete (nicht als Staat anerkannt)	4
Paraguay	4
Schweden	4
Slowenien	4
El Salvador	3
Guinea-Bissau	3
Malawi	3
Mexiko	3
Argentinien	1
Dänemark	1
Guatemala	1
Japan	1
Kanada	1
Kongo, Volksrepublik	1
Korea, Republik	1
Laos	1

Staatsangehörigkeit	Anzahl abgeschobener Personen
Namibia	1
Nicaragua	1
Sambia	1
Saudi-Arabien	1
Schweiz	1
Swasiland	1
Zypern	1

- c) Wie viele Abschiebungen gab es im Jahr 2024, differenziert nach Luft-, Land- und Seeweg?

Die nachfolgende Übersicht enthält die Aufschlüsselung der vollzogenen Abschiebungen nach der Art der Grenze, über welche die Maßnahme erfolgte.

Art der Grenze	Anzahl abgeschobener Personen
Landweg	3 039
Luftweg	16 991
Seeweg	54

2. Wie viele Frauen wurden im Jahr 2024 abgeschoben (bitte nach den 15 wichtigsten Zielländern und den 15 wichtigsten Staatsangehörigkeiten differenzieren)?

Im Jahr 2024 wurden 4 504 Frauen abgeschoben. Die weiteren Angaben sind in den nachfolgenden Tabellen enthalten:

15 häufigste Zielstaaten	Anzahl abgeschobener Frauen
Nordmazedonien	624
Georgien	578
Serbien	383
Moldau	341
Albanien	278
Spanien	270
Frankreich	233
Österreich	157
Kosovo	143
Polen	127
Türkei	102
Kroatien	93
Bulgarien	77
Portugal	77
Niederlande	71

15 häufigste Staatsangehörigkeiten	Anzahl abgeschobener Frauen
Nordmazedonien	627
Georgien	586
Serbien	378
Moldau	342
Türkei	323
Albanien	279
Syrien	231
Afghanistan	195
Russische Föderation	152

15 häufigste Staatsangehörigkeiten	Anzahl abgeschobener Frauen
Kosovo	149
Irak	104
Nigeria	86
Aserbaidschan	83
Armenien	73
Bosnien-Herzegowina	53

3. Wie viele Minderjährige wurden im Jahr 2024 abgeschoben (bitte nach den 15 wichtigsten Zielländern und den 15 wichtigsten Staatsangehörigkeiten differenzieren)?

Im Jahr 2024 wurden 3 687 minderjährige Personen abgeschoben. Die weiteren Angaben sind in den nachfolgenden Tabellen enthalten:

15 häufigste Zielstaaten	Anzahl abgeschobener Minderjähriger
Nordmazedonien	658
Georgien	493
Serbien	384
Moldau	288
Albanien	277
Spanien	201
Frankreich	178
Kosovo	169
Österreich	144
Polen	88
Kroatien	72
Türkei	66
Schweden	55
Bulgarien	52
Nigeria	50

15 häufigste Staatsangehörigkeiten	Anzahl abgeschobener Minderjähriger
Nordmazedonien	662
Georgien	500
Serbien	377
Moldau	288
Albanien	277
Türkei	275
Syrien	178
Kosovo	173
Afghanistan	160
Russische Föderation	118
Irak	85
Nigeria	68
Aserbaidschan	59
Bosnien-Herzegowina	49
Armenien	39

4. Wie viele Abschiebungen auf dem Luftweg gab es im Jahr 2024, differenziert nach Abflughäfen und Fluggesellschaften?

Im Jahr 2024 sind 16 991 Personen auf dem Luftweg abgeschoben worden.

Hinsichtlich der Fragen nach den Fluggesellschaften verweist die Bundesregierung darauf, dass das verfassungsrechtlich verbürgte Frage- und Informationsrecht des Parlaments auf die Beantwortung gestellter Fragen in der Öffentlichkeit hin angelegt ist. Wenn das Informationsinteresse des Parlaments aber auf Auskünfte zielt, die zur Wahrung berechtigter Geheimhaltungsinteressen nicht öffentlich kundgegeben werden können, sind nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts Formen der Informationsvermittlung zu suchen, die beiden Interessen Rechnung tragen (vgl. Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts (BVerfGE) 124, 161 [193]). Im vorliegenden Fall ist die Einstufung der Benennung der Fluggesellschaften als Verschlussache (VS) sowohl zur Wahrung von Staatswohlinteressen als auch zur Wahrung berechtigter, grundrechtlich geschützter Interessen der betroffenen Fluggesellschaften notwendig. Eine Veröffentlichung der Fluggesellschaften berührt auch durch Artikel 12 des Grundgesetzes geschützte Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse dieser Fluggesellschaften und kann sich gegebenenfalls negativ auf die Wahrnehmung dieser Fluggesellschaften in der Öffentlichkeit auswirken.

Eine öffentliche Benennung der Fluggesellschaften, welche Rückführungsflüge anbieten, birgt die Gefahr, dass diese Unternehmen öffentlicher Kritik ausgesetzt werden und in der Folge für die Beförderung von ausreisepflichtigen Personen in die Zielstaaten nicht mehr zur Verfügung stehen. Damit werden Rückführungen weiter erschwert oder sogar unmöglich gemacht, sodass staatliche Interessen an der Ausführung des Aufenthaltsgesetzes negativ beeinträchtigt werden.

Um gleichwohl dem parlamentarischen Informationsanspruch nachzukommen, ist dieser Teil der Antwort mit dem Geheimhaltungsgrad „VS – NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH“ gemäß § 2 Abs. 2 Nummer 4 der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift des Bundesministeriums des Innern und für Heimat zum materiellen und organisatorischen Schutz von Verschlussachen eingestuft worden. Diese wird gesondert in der Anlage übermittelt, die nicht zur Veröffentlichung bestimmt ist.

Abflughäfen	Anzahl abgeschobener Personen
Flughafen Berlin-Brandenburg	2 247
Flughafen Bremen	3
Flughafen Dortmund	16
Flughafen Dresden	4
Flughafen Düsseldorf	2 815
Flughafen Frankfurt/Main	6 342
Flughafen Hahn	5
Flughafen Hamburg	1 045
Flughafen Hannover	756
Flughafen Karlsruhe-Baden-Baden	236
Flughafen Köln/Bonn	174
Flughafen Leipzig/Halle	763
Flughafen Memmingen	4
Flughafen München	2 241
Flughafen Nürnberg	2
Flughafen Stuttgart	336
Flughafen Weeze	2

5. Wie viele Überstellungen im Rahmen der Dublin-Verordnung gab es im Jahr 2024 (bitte nach Zielstaaten und Staatsangehörigkeiten differenzieren)?

Die Angaben können der nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Jahr 2024 an Mitgliedstaaten	Überstellungen
gesamt	5 827
Österreich	1 113
Frankreich	972
Spanien	583
Kroatien	533
Niederlande	379
Polen	340
Schweden	322
Schweiz	309
Belgien	303
Bulgarien	290
Portugal	149
Rumänien	91
Finnland	77
Tschechien	66
Lettland	57
Litauen	50
Slowenien	48
Dänemark	36
Malta	27
Griechenland	22
Norwegen	17
Luxemburg	12
Slowakei	10
Zypern	8
Estland	7
Italien	3
Ungarn	3

Jahr 2024 Staatsangehörigkeit	Überstellungen
gesamt	5 827
Afghanistan	1 232
Türkei	899
Syrien	729
Russische Föderation	359
Algerien	295
Irak	212
Marokko	174
Nigeria	126
Guinea	124
Somalia	121
Iran	114
Pakistan	102
Indien	93
Tunesien	78
Angola	72
Libanon	70
Ägypten	64

Jahr 2024 Staatsangehörigkeit	Überstellungen
Aserbaidshan	56
Libyen	46
Ungeklärt	44
Belarus	42
China	40
Sri Lanka	38
Jordanien	35
Sudan	34
Armenien	32
Äthiopien	32
Senegal	30
Georgien	28
Eritrea	24
Côte d Ivoire	23
Kamerun	20
Kongo, Demokratische Republik	19
Benin	17
Jemen	16
Kenia	15
Mongolei	15
Simbabwe	15
Burundi	14
Kasachstan	14
Niger	14
Burkina Faso	13
Gambia	13
Staatenlos	13
Bangladesch	12
Tadschikistan	12
Uganda	12
Ukraine	12
Dschibuti	11
Kosovo	11
Liberia	11
Mali	11
Sierra Leone	11
Südafrika	11
Kuba	10
Albanien	9
Kirgisistan	8
Kolumbien	8
Ruanda	7
Tansania	7
Ecuador	6
Jamaika	6
Myanmar	6
Thailand	6
Moldau	5
Mosambik	5
Togo	5
Bosnien-Herzegowina	4
Cabo Verde	4

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Jahr 2024 Staatsangehörigkeit	Überstellungen
Besetzte Palästinensischen Gebiete (nicht als Staat anerkannt)	4
Südsudan	4
Venezuela	4
Bahrain	3
El Salvador	3
Mauretanien	3
Tschad	3
Usbekistan	3
Vietnam	3
Chile	2
Ghana	2
Guinea-Bissau	2
Malawi	2
Saudi-Arabien	2
Eswatini	1
Gabun	1
Indonesien	1
Israel	1
Kongo	1
Nepal	1
Peru	1
Sambia	1
Serbien	1
Vereinigte Staaten von Amerika	1
Zentralafrikanische Republik	1

6. Wie viele Zurückschiebungen fanden im Jahr 2024 statt (bitte nach Flughäfen, Land- und Seegrenzen differenzieren und nach den 15 wichtigsten Staatsangehörigkeiten der Betroffenen aufschlüsseln)?

Nach Kenntnis der Bundesregierung sind im Jahr 2024 2 150 Zurückschiebungen vollzogen worden. Die weiteren Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Art der Grenze	Abflughäfen	Anzahl zurückgeschobener Personen
Landweg		1 827
Luftweg		289
davon nach Abflughäfen	Flughafen Berlin-Brandenburg	11
	Flughafen Düsseldorf	16
	Flughafen Frankfurt/Main	20
	Flughafen Hamburg	4
	Flughafen Hannover	4
	Flughafen Karlsruhe-Baden-Baden	2
	Flughafen Leipzig/Halle	5
	Flughafen Memmingen	54
	Flughafen München	107
	Flughafen Nürnberg	1
	Flughafen Saarbrücken	1
Flughafen Stuttgart	64	
Seeweg		34

15 häufigste Staatsangehörigkeiten	Anzahl zurückgeschobener Personen
Syrien	459
Algerien	184
Afghanistan	149
Marokko	118
Türkei	96
Ukraine	96
Guinea	93
Indien	86
Tunesien	85
Albanien	62
Ägypten	52
Georgien	52
Irak	39
Serbien	39
Somalia	33

7. Wie viele begleitete und unbegleitete Minderjährige (bitte differenzieren) waren im Jahr 2024 von Zurückschiebungen betroffen?

Nach Kenntnis der Bundesregierung sind im Jahr 2024 266 Minderjährige zurückgeschoben worden. Davon wurden 50 Personen in Begleitung und 216 Personen ohne Begleitung eines Erziehungsberechtigten zurückgeschoben.

8. In welcher Zuständigkeit erfolgten die Abschiebungen und Zurückschiebungen im Jahr 2024 (bitte jeweils nach Bund und den einzelnen Bundesländern differenzieren)?

Ab- und Zurückschiebungen erfolgten im Jahr 2024 in der Zuständigkeit der Länder und in der Zuständigkeit der Bundespolizei. Die Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

Veranlasser	Abschiebungen	Zurückschiebungen
Baden-Württemberg	2 837	
Bayern	3 010	2
Berlin	1 304	
Brandenburg	178	
Bremen	76	
Hamburg	675	
Hessen	1 587	
Mecklenburg-Vorpommern	380	
Niedersachsen	1 347	
Nordrhein-Westfalen	4 440	
Rheinland-Pfalz	884	
Saarland	202	
Sachsen	939	
Sachsen-Anhalt	651	
Schleswig-Holstein	550	
Thüringen	425	
Bundespolizei	599	2.148

9. In wie vielen Fällen wurden im Jahr 2024 Zwangsgelder gegen Beförderungsunternehmen nach § 63 des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG) verhängt, und wie hoch war die Gesamtsumme, wie hoch die durchschnittliche Summe pro Beförderungsunternehmen (bitte auch nach Fluggesellschaft, Bus- und Bahnunternehmen, Taxis usw. differenzieren)?

Nach Kenntnis der Bundesregierung ist im Jahr 2024 in 1 088 Fällen ein Zwangsgeld festgesetzt worden. Die Gesamtsumme der Zwangsgelder betrug 2 182 000 Euro. Die durchschnittliche Summe pro Beförderungsunternehmen lag bei ca. 198 364 Euro. Die Zwangsgelder wurden ausschließlich gegenüber Luftverkehrsgesellschaften festgesetzt.

10. Wie viele Personen wurden im Jahr 2024 im Zuge von Sammelabschiebungen entweder direkt in ihr Herkunftsland oder über Flughäfen anderer EU-Mitgliedstaaten in ihr Herkunftsland abgeschoben, und wie viele Personen wurden im Jahr 2024 im Zuge von Sammelüberstellungen in andere EU-Staaten überstellt (bitte zwischen Sammelabschiebungen in nationaler Zuständigkeit, Sammelabschiebungen der EU – national und Sammelabschiebungen der EU – gemeinsame Maßnahme mit anderen EU-Staaten differenzieren, die jeweiligen Gesamtjahreszahlen nennen und darüber hinaus die Abschiebungen einzeln mit Datum und Zielland auflisten)?

Im Jahr 2024 wurden 7 324 Personen im Zuge von 162 Sammelchartermaßnahmen direkt in ihr Herkunftsland abgeschoben. Weitere 426 Personen wurden im Zuge von 53 Sammelchartermaßnahmen in andere EU-Staaten überstellt. Insgesamt wurden 7 750 Personen im Rahmen von 215 Sammelchartermaßnahmen aus Deutschland rückgeführt.

- a) Bei welchem Staat (für Deutschland: Behörde) lag jeweils die Federführung für die Abschiebemaßnahme, und welche Bundesländer waren von deutscher Seite beteiligt?
- b) Welche Fluggesellschaften wurden mit der Durchführung der Flüge beauftragt, von welchen deutschen Flughäfen starteten sie bzw. wo machten sie eine Zwischenlandung?
- c) Wie hoch waren die Kosten der Flüge jeweils, und wer hat die Kosten getragen (bitte auch die Gesamtkosten angeben)?
- d) Wie viele Personen aus welchen Herkunftsstaaten wurden bei den Abschiebemaßnahmen aus Deutschland jeweils abgeschoben (bitte auch die Gesamtzahl der abgeschobenen Personen angeben)?
- e) Wie viele Bundesbeamte wurden als Begleitpersonal auf den jeweiligen Flügen eingesetzt?

Die Fragen 10a bis 10e werden gemeinsam beantwortet.

Die Angaben zu den Fragen 10a bis 10e sind in der Tabelle der Anlage 1 aufgeführt. In Bezug auf die Angaben zu den Luftfahrtgesellschaften wird auf die Begründung zur Antwort der Frage 4 sowie auf die als VS - NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH eingestufte Anlage verwiesen.*

* Das Bundesministerium des Innern und für Heimat hat die Antwort als „VS - NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH“ eingestuft. Die Antwort ist im Parlamentssekretariat des Deutschen Bundestages hinterlegt und kann dort von Berechtigten eingesehen werden.

11. Wie viele Personen wurden im Jahr 2024 mit sogenannten Mini-Charterflügen für maximal vier Personen entweder direkt in ihr Herkunftsland oder über Flughäfen anderer EU-Mitgliedstaaten in ihr Herkunftsland abgeschoben, wie viele Personen wurden im Jahr 2024 mit sogenannten Mini-Charterflügen in andere EU-Staaten überstellt (bitte die Gesamtzahlen nennen und die Abschiebeflüge zusätzlich einzeln mit Datum, Abflughafen, Zielstaat, Fluggesellschaft, Zahl der Begleitbeamten, Zahl der abgeschobenen Personen und Flugkosten auflisten), und in welchem Umfang hat Frontex die Kosten für Mini-Charterabschiebungen im Jahr 2024 übernommen?

Im Jahr 2024 wurden insgesamt drei Charterrückführungen im Sinne der Fragestellung durchgeführt, mit denen insgesamt fünf Personen rückgeführt wurden. Die Rückführungen fanden nicht über Flughäfen anderer EU-Mitgliedstaaten statt.

In Bezug auf die Angaben zu den Luftverkehrsgesellschaften wird auf die Beantwortung zur Frage 4 sowie auf die als VS - NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH eingestufte Anlage verwiesen.*

Die weiteren Angaben können der nachstehenden Tabelle entnommen werden:

Datum	Abflughafen	Zielstaat	Rückgeführte Personen	Bundesbeamte	Kosten des Fluggerätes	Frontex-Finanzierung
15.03.2024	Berlin	Libanon	3	10	102 085 Euro	Nein
20.03.2024	Leipzig	Slowakei	1	5	33 085 Euro	Nein
15.10.2024	Frankfurt am Main	Kenia	1	5	137 585 Euro	Nein

12. Wie viele der Abschiebungen erfolgten im Jahr 2024

a) unbegleitet,

Im Jahr 2024 erfolgten 9 743 Abschiebungen unbegleitet.

b) in Begleitung von Beamtinnen und Beamten der Bundespolizei,

Im Jahr 2024 erfolgten 7 607 Abschiebungen in Begleitung von Beamtinnen und Beamten der Bundespolizei.

c) in Begleitung von Beamtinnen und Beamten der Länderpolizeien oder anderer Länderbehörden,

Im Jahr 2024 erfolgten 304 Abschiebungen in Begleitung von Beamtinnen und Beamten der Länderpolizeien oder anderer Länderbehörden.

d) in Begleitung von Sicherheitskräften der Zielstaaten (bitte nach Zielstaaten aufschlüsseln),

Im Jahr 2024 erfolgten 2 019 Abschiebungen in Begleitung von Sicherheitskräften der Zielstaaten.

* Das Bundesministerium des Innern und für Heimat hat die Antwort als „VS - NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH“ eingestuft. Die Antwort ist im Parlamentssekretariat des Deutschen Bundestages hinterlegt und kann dort von Berechtigten eingesehen werden.

Die weiteren Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

Zielstaat	Anzahl abgeschobener Personen
Albanien	2
Algerien	410
Benin	1
Bosnien-Herzegowina	7
Georgien	1 358
Libanon	5
Mali	2
Moldau	181
Montenegro	29
Nordmazedonien	3
Senegal	1
Serbien	17
Sierra Leone	3

- e) in Begleitung von Sicherheitskräften der Luftverkehrsgesellschaften (bitte nach Fluggesellschaften und nach Zielstaaten aufschlüsseln und auch die Namen der von den Fluggesellschaften beauftragten Sicherheitsunternehmen nennen), und

Zur Beantwortung der Frage nach den verantwortlichen Luftverkehrsgesellschaften wird auf die Antwort zur Frage 4 sowie auf die als VS - NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH eingestufte Anlage verwiesen.*

Im Jahr 2024 erfolgten 468 Abschiebungen in Begleitung von Sicherheitskräften der Luftverkehrsgesellschaften. Die Namen der beauftragten Sicherheitsunternehmen liegen der Bundesregierung nicht vor, da sie statistisch nicht erfasst werden. Die Angaben zu den Zielstaaten können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

Zielstaat	Anzahl abgeschobener Personen
Albanien	10
Georgien	37
Irak	43
Kosovo	77
Libanon	2
Moldau	3
Nordmazedonien	114
Rumänien	95
Russische Föderation	28
Serbien	31

- f) wie viele Beamte der Bundespolizei und der Polizeien der Länder wurden im Jahr 2024 insgesamt zur Begleitung von Abschiebungen eingesetzt (bitte differenzieren)?

Im Jahr 2024 wurden insgesamt 13 243 Beamtinnen und Beamten der Bundespolizei und 570 Beamtinnen und Beamte der Polizeibehörden der Länder oder anderer Länderbehörden zur Begleitung von Abschiebungen eingesetzt. Insgesamt waren somit 13 813 Beamtinnen und Beamten im Einsatz.

* Das Bundesministerium des Innern und für Heimat hat die Antwort als „VS - NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH“ eingestuft. Die Antwort ist im Parlamentssekretariat des Deutschen Bundestages hinterlegt und kann dort von Berechtigten eingesehen werden.

13. Welche Kosten sind dem Bund im Jahr 2024 durch die Sicherheitsbegleitung bei Abschiebungen entstanden?

Für die Sicherheitsbegleitung bei Rückführungen sind dem Bund im Jahr 2024 Kosten in Höhe von 7 444 000 Euro entstanden.

14. Wie viele Abschiebungen und wie viele Dublin-Überstellungen (bitte differenzieren) mussten im Jahr 2024 nach Übergabe an die Bundespolizei abgebrochen werden, was waren die wichtigsten Gründe hierfür (bitte so wie in der Tabelle zu Frage 19 auf Bundestagsdrucksache 20/3130 darstellen), welche waren die wichtigsten Zielstaaten der abgebrochenen Abschiebungen und Dublin-Überstellungen, und was waren die wichtigsten Staatsangehörigkeiten der Betroffenen (bitte jeweils die 15 wichtigsten auflisten)?

Im Jahr 2024 wurden 1 150 vorgesehene Abschiebungen während bzw. nach Übernahme durch die Bundespolizei abgebrochen, davon 314 Dublin-Überstellungen.

Dublin-Überstellungen erfasst die Bundespolizei nur in den Fällen, in denen die zuständige Behörde die Aufenthaltsbeendigung als Dublin-Überstellung kenntlich macht. Ein Abgleich der Statistiken der Bundespolizei und des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) erfolgt nicht, weshalb es zu Abweichungen der Statistiken kommen kann.

Die weiteren Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

nicht vollzogene Abschiebungen (während bzw. nach Übergabe an die Bundespolizei) auf dem Luftweg	Art des Fluges	Anzahl Personen	davon Dublin-Überstellungen
nach Gründen, die zum Abbruch der Maßnahme führten			
Ablehnung der Übernahme durch die BPOL	Charter	0	0
	Linie	106	34
aktiver Widerstand	Charter	0	0
	Linie	74	17
aus medizinischen Gründen	Charter	18	2
	Linie	66	36
Beförderungsverweigerung durch LVG/Luftfahrzeugführer	Charter	0	0
	Linie	342	90
den Flug betreffende Gründe	Charter	0	0
	Linie	85	11
fehlende Durchbeförderungsbewilligung	Charter	0	0
	Linie	2	0
fehlender Rückführungsplatz	Charter	6	0
	Linie	2	0
fehlendes/ungültiges Heimreisedokument	Charter	10	0
	Linie	11	5
Flucht, Fluchtversuch	Charter	0	0
	Linie	3	0
passiver Widerstand	Charter	0	0
	Linie	214	73
Rechtsmittel	Charter	19	0
	Linie	51	5
Scheitern während Transitaufenthalt	Charter	0	0
	Linie	5	0

nicht vollzogene Abschiebungen (während bzw. nach Übergabe an die Bundespolizei) auf dem Luftweg	Art des Fluges	Anzahl Personen	davon Dublin-Überstellungen
Selbstverletzung bzw. Versuch, Suizid bzw. Suizidversuch	Charter	0	0
	Linie	15	8
sonstige Gründe	Charter	9	3
	Linie	42	14
Übernahmeverweigerung durch staatl. Begleitpersonal	Charter	0	0
	Linie	5	0
Übernahmeverweigerung im Zielstaat	Charter	1	0
	Linie	4	0
nicht vollzogene Abschiebungen auf dem Landweg	Grenze zu	Anzahl Personen	davon Dublin-Überstellungen
nach Gründen, die zum Abbruch der Maßnahme führten			
Flucht, Fluchtversuch	Polen	3	3
	Schweiz	5	5
Rechtsmittel	Österreich	3	3
sonstige Gründe (Ausnahme)	Polen	2	2
	Schweiz	2	1
Übernahmeverweigerung im Zielstaat	Schweiz	42	
	Frankreich	3	2

15 häufigste Zielstaaten	Anzahl Personen	davon Dublin-Überstellungen
Türkei	158	
Irak	93	
Spanien	88	68
Bulgarien	80	45
Schweiz	54	11
Algerien	50	
Marokko	42	
Rumänien	30	10
Schweden	28	27
Griechenland	24	7
Kroatien	23	23
Gambia	21	
Nigeria	21	
Portugal	20	19
Georgien	18	
Österreich	18	17

15 häufigste Staatsangehörigkeiten	Anzahl Personen	davon Dublin-Überstellungen
Türkei	174	10
Syrien	165	98
Irak	107	11
Algerien	63	5
Afghanistan	62	51
Marokko	60	2
Iran	30	12
Nigeria	26	1
Guinea	25	19
Somalia	24	9

15 häufigste Staatsangehörigkeiten	Anzahl Personen	davon Dublin-Überstellungen
Gambia	24	1
Russische Föderation	21	16
Tunesien	20	3
Indien	19	7
Georgien	18	

15. Wie viele Abschiebungs- und Überstellungsversuche (bitte differenzieren) scheiterten im Jahr 2024 vor der Übergabe an die Bundespolizei (bitte zwischen Stornierung im Vorfeld und nicht erfolgter Zuführung am Flugtag differenzieren)?

Im Jahr 2024 scheiterten 32 567 Abschiebungen vor Übergabe an die Bundespolizei, davon 9 834 Dublin-Überstellungen. Als gescheiterte Abschiebungen werden beim Bund auch Fälle gezählt, die von einem Land beim Bund angemeldet und aus unterschiedlichen Gründen wieder abgemeldet werden. Die weiteren Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

nicht vollzogene Abschiebungen (vor Übergabe an die Bundespolizei)	Anzahl Personen	davon Dublin-Überstellungen
nach Gründen, die zum Abbruch der Maßnahme führten		
Stornierung des Ersuchens	12 296	2 870
nicht erfolgte Zuführung	20 069	6 915
fehlender Rückführungsplatz	17	0
verspätete Zuführung	10	2
sonstige Gründe	175	47

16. Gab es im Jahr 2024 Abschiebungen trotz laufenden Asyl- oder Gerichtsverfahrens oder entgegen einer anders lautenden Gerichtsentscheidung, wenn ja, durch welche Behörde wurden diese Abschiebungen veranlasst, welche Staatsangehörigkeit hatten die Betroffenen, in welches Land wurden sie abgeschoben, und wurden sie bereits nach Deutschland zurückgeholt?

Nach Kenntnis der Bundesregierung sind im Jahr 2024 keine Abschiebungen von der Bundespolizei vollzogen worden, bei denen rechtzeitig bekannt war, dass ein laufendes Asyl- oder Gerichtsverfahren oder eine anderslautende Gerichtsentscheidung vorlagen. Im Übrigen sind die Länder für aufenthaltsbeendende Maßnahmen zuständig.

- a) Ist der Bundesregierung bekannt, ob am 5. Dezember 2023 ein Kurde aus Siegen in die Türkei abgeschoben wurde, obwohl das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge noch nicht über dessen Asylfolgeantrag entschieden und der Stadt auch nicht mitgeteilt hatte, dass kein weiteres Asylverfahren durchgeführt werde, wie das Projekt „Abschiebungsreporting NRW“ berichtet (www.grundrechtKomitee.de/fileadmin/user_upload/Rose_Schiessl_Abschiebungen_in_NRW_Ausgrenzung_Entrechtung_Widerstaende.pdf, S. 125)?

- b) Wenn ja, warum wurde die in Rede stehende Abschiebung eines Kurden am 5. Dezember 2023 aus Siegen in die Türkei nicht in der Antwort zu Frage 16 auf Bundestagsdrucksache 20/11471 erwähnt, in der explizit nach Abschiebungen trotz eines laufenden Asyl- oder Gerichtsverfahrens gefragt wurde?

Die Fragen 16a und 16b werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Nach Kenntnis der Bundesregierung teilte das BAMF der Ausländerbehörde Siegen am 4. Dezember 2024 mit, dass kein weiteres Asylverfahren durchzuführen ist.

Die Abschiebungsandrohung aus dem Erstverfahren war daher weiterhin vollziehbar und konnte aufgrund der Mitteilung auch vollzogen werden (§ 71 Absatz 5 AsylG a. F.). Deshalb steht die Antwort auf Frage 16 auf Bundestagsdrucksache 20/11471 nicht im Widerspruch zur jetzt gestellten Frage 16b.

Die Bundesregierung teilt nicht die Einschätzung in dem zitierten Bericht, dass die Abschiebung rechtswidrig gewesen sei. Darüber hinaus wurde nach Kenntnis der Bundesregierung der Antrag im gerichtlichen Eilverfahren, die Bundesrepublik Deutschland zu verpflichten, die abgeschobene Person nach Deutschland zurückzuholen, zurückgenommen.

- c) Welche näheren Angaben kann die Bundesregierung zu einer mutmaßlich rechtswidrigen Abschiebung eines Mannes mit einem Charterflug von Düsseldorf nach Nigeria am 28. November 2023 machen, über die die Nationale Stelle zur Verhütung von Folter in ihrem Jahresbericht für 2023 berichtete (Bundestagsdrucksache 20/12750, S. 47), wieso wurde der Betroffene an die nigerianischen Behörden übergeben, obwohl im Verlauf der Chartermaßnahme ein Beschluss des Verwaltungsgerichts Gelsenkirchen bei der Bundespolizei einging, demzufolge die Person nicht hätte abgeschoben werden dürfen, und wieso hat die Bundespolizei den Mann nicht umgehend zurück nach Deutschland gebracht, wie es der Gerichtsbeschluss vorsah (vgl. ebd.)?

Aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes gibt die Bundesregierung keine Auskünfte zu Einzelfällen. Allgemein gilt jedoch, dass bis zum Schließen der Flugzeugtüren – bei rechtzeitiger Information durch die zuständigen Behörden – grundsätzlich die Möglichkeit besteht, eine Rückführungsmaßnahme abzubrechen. Nach Schließen der Außentüren ist es bereits aus Gründen der Luftsicherheit deutlich erschwert, direkten Kontakt zur Flugzeugbesatzung oder Passagieren aufzunehmen. So dürfen beispielsweise Mobiltelefone nach Schließen der Außentüren nur im Flugzeugmodus betrieben werden, der eine Kommunikation nicht mehr zulässt. Selbst bei Erreichen der Informationen nach Schließen der Außentüren führt ein derartiger Gerichtsbeschluss – anders als etwa konkrete Gefahren für den Flug, z. B. durch plötzliche Wetterereignisse – nicht zum Abbruch des Starts bzw. des Fluges. Schließlich kann es auch vorkommen, dass eine entsprechende Gerichtsentscheidung erst nach Landung des Flugzeuges in einem Transit- oder Zielstaat bei dem Begleitpersonal bekannt wird.

In diesen Fällen verfügen etwaige deutsche Hoheitsträger über keinerlei staatliche Befugnisse, die es ihnen ermöglichen würden, die rückzuführende Person gegen deren Willen oder den Willen der dortigen Hoheitsträger wieder nach Deutschland zu verbringen. Die für die Abschiebungsverfügung verantwortliche Behörde ist in der Folge für die Rückholung der Person zuständig. Das konkrete Vorgehen hängt jedoch stets von den Gegebenheiten des Einzelfalles ab.

- d) Aus welchem Grund wurde die in Rede stehende Abschiebung nach Nigeria nicht in der Antwort zu Frage 16 auf Bundestagsdrucksache 20/11471 erwähnt, in der explizit nach Abschiebungen trotz einer anders lautenden Gerichtsentscheidung gefragt worden war?

Nach Kenntnis der Bundesregierung sind im Jahr 2023 keine Abschiebungen von der Bundespolizei vollzogen worden, bei denen rechtzeitig bekannt war, dass eine anderslautende Gerichtsentscheidung vorlag.

- e) Gibt es weitere Abschiebungen trotz eines laufenden Asyl- oder Gerichtsverfahrens oder entgegen einer anders lautenden Gerichtsentscheidung in den Jahren von 2021 bis 2024, die in Antworten auf entsprechende parlamentarische Anfragen bislang nicht genannt wurden (vgl. die Regelanfragen der Linken zu Abschiebungen und Ausreisen), wenn ja, wieso, und welche ergänzenden Angaben kann die Bundesregierung dazu machen?

Nach Kenntnis der Bundesregierung sind auch in den Jahren 2021 bis 2024 keine weiteren Abschiebungen von der Bundespolizei vollzogen worden, in denen rechtzeitig bekannt war, dass ein laufendes Asyl- oder Gerichtsverfahren oder eine anderslautende Gerichtsentscheidung vorlagen. Im Übrigen sind die Länder für aufenthaltsbeendende Maßnahmen zuständig.

17. Welche Angaben kann die Bundespolizei dazu machen, wie oft im Jahr 2024 im Rahmen von Dublin-Überstellungen und Abschiebungen (bitte differenzieren) sogenannte Hilfsmittel der körperlichen Gewalt zum Einsatz kamen (bitte auch nach den 15 wichtigsten Staatsangehörigkeiten der Betroffenen und den 15 wichtigsten Zielstaaten der Abschiebungen aufschlüsseln)?

	Anzahl Personen	davon Dublin-Überstellungen
Gesamt	1 189	108
davon 15 häufigste Staatsangehörigkeiten		
Algerien	407	6
Marokko	145	3
Irak	96	9
Nigeria	77	1
Gambia	60	
Afghanistan	57	24
Syrien	53	30
Türkei	32	5
Ghana	19	
Tunesien	17	1
Jordanien	14	1
Kamerun	14	
Ägypten	13	2
Somalia	12	4
Pakistan	11	1

	Anzahl Personen	davon Dublin-Überstellungen
15 häufigste Zielstaaten		
Algerien	401	
Marokko	141	
Irak	85	
Nigeria	76	
Gambia	60	
Bulgarien	31	15
Afghanistan	28	
Spanien	27	16
Türkei	27	
Kroatien	22	22
Ghana	19	
Rumänien	17	13
Tunesien	16	
Kamerun	14	
Jordanien	13	

18. Wie viele Personen haben Deutschland im Jahr 2024 mit einer finanziellen Förderung des Bundes (REAG/GARP) verlassen (bitte nach den 15 wichtigsten Herkunftsstaaten, nach Bundesländern und nach Aufenthaltsstatus der Betroffenen vor der Ausreise differenzieren)?

Im Jahr 2024 sind 10 225 Personen (Stand: 16. Januar 2025) über das Bundesländer-Programm REAG (Reintegration and Emigration Programme for Asylum Seekers in Germany)/GARP (Government Assisted Repatriation Programme) 2.0 gefördert freiwillig ausgereist.

Die Aufschlüsselung nach den 15 wichtigsten Staatsangehörigkeiten (Staatsangehörigkeit und Herkunftsland können voneinander abweichen), nach Bundesländern und nach Aufenthaltsstatus der Betroffenen vor der Ausreise können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

Staatsangehörigkeit	Anzahl der freiwilligen Ausreisen über REAG/GARP 2.0*
Gesamt	10 225
darunter:	
Türkei	3 276
Georgien	1 461
Russische Föderation	809
Nordmazedonien	802
Irak	498
Albanien	470
Kolumbien	355
Aserbaidschan	267
Serbien	259
Armenien	209
Venezuela	184
Iran	168
Kosovo	151
Ukraine	119
Moldau	116

*Quelle: BAMF, Stand: 16. Januar 2025, vorläufige Zahlen

Bundesland	Anzahl der freiwilligen Ausreisen über REAG/GARP 2.0*
Gesamt	10 225
davon:	
Bayern	2 211
Nordrhein-Westfalen	2 052
Baden-Württemberg	1 554
Niedersachsen	1 127
Sachsen	714
Hessen	472
Berlin	502
Rheinland-Pfalz	329
Hamburg	225
Thüringen	326
Sachsen-Anhalt	225
Schleswig-Holstein	222
Mecklenburg-Vorpommern	107
Saarland	48
Bremen	80
Brandenburg	31

*Quelle: BAMF, Stand: 16. Januar 2025, vorläufige Zahlen

Aufenthaltsstatus vor der Ausreise	Anzahl der freiwilligen Ausreisen über REAG/GARP 2.0*
Gesamt	10 225
davon:	
Aufenthaltsgestattung	5 199
Aufenthaltsurlaub nach § 23 Absatz 1 AufenthG, § 24 AufenthG oder § 25 Absatz 5 AufenthG	132
Duldung nach § 60 AufenthG	2 410
Ausreisepflichtig ohne Duldung	2 127
Ausländer, die Ehegatten, Lebenspartner oder minderjährige Kinder der zuvor genannten Personen sind, ohne dass sie selbst die dort genannten Voraussetzungen erfüllen	80
Folgeantrag, Zweitantrag	25
Anerkannt asylberechtigt, Flüchtlingseigenschaft, subsidiärer Schutz nach § 25 Absatz 1 oder § 2 AufenthG	77
Chancen-Aufenthaltsrecht nach § 104c AufenthG	39
Ausländer, die einen nicht zuvor genannten Aufenthaltstitel aus völkerrechtlichen, politischen oder humanitären Gründen nach den §§ 22 bis 26 AufenthG besitzen	45
Familiennachzug	7
Nichtukrainische Drittstaatsangehörige aus der Ukraine	84

*Quelle: BAMF, Stand: 16. Januar 2025, vorläufige Zahlen

19. Welche Angaben oder ungefähren Einschätzungen kann die Bundesregierung ergänzend dazu machen, wie viele Personen im Jahr 2024 mit finanzieller Förderung der Bundesländer ausgereist sind (bitte die Gesamtzahlen nennen und nach den 15 wichtigsten Herkunftsstaaten und den Bundesländern differenzieren), welche Zahlen und Programme welcher Bundesländer wurden bei diesen Angaben berücksichtigt und welche nicht, und wie aussagekräftig sind diese Angaben mittlerweile?

Zum Stichtag 31. Dezember 2024 waren im Ausländerzentralregister (AZR) 10 176 Personen erfasst, die Deutschland mit einer finanziellen Förderung der Länder im Jahr 2024 verlassen haben.

Die Verteilung nach Staatsangehörigkeiten und Land des Fortzuges kann den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

Ausgereiste Personen mit finanzieller Förderung der Bundesländer Staatsangehörigkeiten insgesamt	10 176
darunter: 15 wichtigste Herkunftsstaaten	
Türkei	2 991
Georgien	1 692
Nordmazedonien	811
Russische Föderation	733
Albanien	493
Serbien	361
Irak	352
Kosovo	318
Kolumbien	316
Aserbaidschan	205
Moldau	172
Venezuela	152
Armenien	150
Iran	138
Bosnien-Herzegowina	106

Ausgereiste Personen mit finanzieller Förderung der Bundesländer Bundesländer	10 176
Baden-Württemberg	1 008
Bayern	2 241
Berlin	644
Brandenburg	183
Bremen	107
Hamburg	353
Hessen	1 743
Mecklenburg-Vorpommern	52
Niedersachsen	972
Nordrhein-Westfalen	1 721
Rheinland-Pfalz	207
Saarland	41
Sachsen	457
Sachsen-Anhalt	123
Schleswig-Holstein	99
Thüringen	225

In der Auswertung wurden alle Speichersachverhalte des AZR berücksichtigt, die eine Förderung auf Landes- bzw. Kommunalebene abbilden. Einzelne Förderprogramme werden im AZR nicht erfasst.

Der Bundesregierung liegen über die AZR-Eintragungen zur Förderung auf Landes- bzw. Kommunalebene hinaus keine Daten zu den Förderprogrammen der Länder vor. Aus diesem Grund ist keine Aussage hinsichtlich der Qualität der Daten möglich.

Die Verantwortlichkeit der zeitnahen Datenübermittlung an das AZR obliegt der jeweils meldeverpflichteten Stelle – im Falle der Förderprogramme der Länder grundsätzlich den Ausländerbehörden in den Ländern.

Eine Addition zu den REAG/GARP-Ausreisen ist nicht vorzunehmen, da es sich hierbei teilweise um REAG/GARP ergänzende Förderungen derselben Personen handeln kann.

20. Wie viele Personen sind nach Angaben der Bundespolizei im Jahr 2024 freiwillig mit einer Grenzübertrittsbescheinigung ausgereist (bitte nach den 15 wichtigsten Staatsangehörigkeiten und zwischen Land-, Luft- und Seeweg differenzieren)?

Gemäß Polizeilicher Eingangsstatistik der Bundespolizei sind im Jahr 2024 insgesamt 33 419 Personen erfasst worden, die freiwillig unter Vorlage einer Grenzübertrittsbescheinigung ausgereist sind.

Die Aufschlüsselungen nach den 15 häufigsten Staatsangehörigkeiten und den Arten der Grenze können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

15 häufigste Staatsangehörigkeiten	Anzahl freiwillig ausgereister Personen
Türkei	7 499
Georgien	3 474
Albanien	2 715
Nordmazedonien	2 022
Russische Föderation	1 402
Kosovo	1 200
Serbien	1 103
Irak	966
China, Volksrepublik	868
Iran	804
Vietnam	747
Indien	656
Moldau	648
Kolumbien	449
Ukraine	446

Art der Grenze	Anzahl freiwillig ausgereister Personen
Landweg	370
Luftweg	32 870
Seeweg	55
Postrückläufer Auslandsvertretung	119
unbekannt	5

21. Wie viele ausreisepflichtige Personen mit und ohne Duldung, wie viele ausreisepflichtige abgelehnte Asylsuchende (bitte differenzieren und jeweils nach Bundesländern auflisten) hielten sich nach Kenntnis der Bundesregierung zum letzten verfügbaren Stand in Deutschland auf, und was waren die fünf Hauptherkunftsländer der Ausreisepflichtigen in den einzelnen Bundesländern (bitte in absoluten und relativen Zahlen für jedes Bundesland darstellen)?

Ausweislich des AZR waren zum Stichtag 31. Dezember 2024 insgesamt 220 808 Personen ausreisepflichtig, davon 178 512 Personen mit einer Duldung und 42 296 Personen ohne Duldung.

Bei 125 349 der insgesamt 220 808 ausreisepflichtigen Personen war ein abgelehnter Asylantrag gespeichert (davon 108 717 Personen mit einer Duldung und 16 632 Personen ohne eine Duldung).

Es ist darauf hinzuweisen, dass für die vorliegende Ausreisepflicht die im AZR gespeicherte Asylablehnung nicht zwingend ursächlich sein muss, da diese Entscheidung grundsätzlich gespeichert wird, bis die Voraussetzungen für ihre Löschung gegeben sind (vgl. § 36 des Gesetzes über das Ausländerzentralregister). Insofern kann die Asylablehnung ggf. eine längere Zeit zurückliegen. Weitere Differenzierungen können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Ausreisepflichtige gesamt nach Land	Gesamt	Ausreisepflichtige mit Duldung	Ausreisepflichtige ohne Duldung
Alle Bundesländer	220 808	178 512	42 296
Baden-Württemberg	27 225	23 487	3 738
Bayern	25 419	19 260	6 159
Berlin	17 078	13 030	4 048
Brandenburg	7 810	6 778	1 032
Bremen	3 894	3 480	414
Hamburg	9 416	5 779	3 637
Hessen	12 678	9 124	3 554
Mecklenburg-Vorpommern	3 978	3 527	451
Niedersachsen	20 665	16 868	3 797
Nordrhein-Westfalen	51 972	43 241	8 731
Rheinland-Pfalz	8 273	6 412	1 861
Saarland	1 929	1 729	200
Sachsen	11 878	9 660	2 218
Sachsen-Anhalt	4 711	3 908	803
Schleswig-Holstein	9 560	8 358	1 202
Thüringen	4 322	3 871	451

Ausreisepflichtige abgelehnte Asylbewerber nach Land	Gesamt	Ausreisepflichtige mit Duldung	Ausreisepflichtige ohne Duldung
Alle Bundesländer	125 349	108 717	16 632
Baden-Württemberg	16 473	15 164	1 309
Bayern	14 316	12 217	2 099
Berlin	9 749	7 675	2 074
Brandenburg	4 562	4 034	528
Bremen	1 692	1 550	142
Hamburg	4 029	2 659	1 370
Hessen	6 465	5 438	1 027

Ausreisepflichtige abgelehnte Asylbewerber nach Land	Gesamt	Ausreisepflichtige mit Duldung	Ausreisepflichtige ohne Duldung
Mecklenburg-Vorpommern	2 373	2 144	229
Niedersachsen	12 176	10 588	1 588
Nordrhein-Westfalen	28 173	25 114	3 059
Rheinland-Pfalz	5 254	4 434	820
Saarland	780	714	66
Sachsen	8 081	6 937	1 144
Sachsen-Anhalt	2 930	2 617	313
Schleswig-Holstein	5 716	5 098	618
Thüringen	2 580	2 334	246

Ausreisepflichtige in Baden-Württemberg	Anzahl der Ausländer im AZR	Anteil
alle Staatsangehörigkeiten	27 225	100 Prozent
darunter:		
Nigeria	2 769	10,17 Prozent
Irak	2 442	8,97 Prozent
Türkei	2 310	8,48 Prozent
Gambia	1 693	6,22 Prozent
Afghanistan	1 389	5,10 Prozent

Ausreisepflichtige in Bayern	Anzahl der Ausländer im AZR	Anteil
alle Staatsangehörigkeiten	25 419	100 Prozent
darunter:		
Irak	3 225	12,69 Prozent
Nigeria	3 016	11,87 Prozent
Afghanistan	1 872	7,36 Prozent
Türkei	1 379	5,43 Prozent
Ukraine	1 205	4,74 Prozent

Ausreisepflichtige in Berlin	Anzahl der Ausländer im AZR	Anteil
alle Staatsangehörigkeiten	17 078	100 Prozent
darunter:		
Moldau	2 261	13,24 Prozent
Türkei	1 790	10,48 Prozent
Ungeklärt	1 219	7,14 Prozent
Georgien	1 190	6,97 Prozent
Russische Föderation	1 127	6,60 Prozent

Ausreisepflichtige in Brandenburg	Anzahl der Ausländer im AZR	Anteil
alle Staatsangehörigkeiten	7 810	100 Prozent
darunter:		
Russische Föderation	1 790	22,92 Prozent
Kenia	760	9,73 Prozent
Kamerun	634	8,12 Prozent
Irak	425	5,44 Prozent
Türkei	409	5,24 Prozent

Ausreisepflichtige in Bremen	Anzahl der Ausländer im AZR	Anteil
alle Staatsangehörigkeiten	3 894	100 Prozent
darunter:		
Türkei	378	9,71 Prozent
Albanien	357	9,17 Prozent
Ghana	315	8,09 Prozent
Serbien	291	7,47 Prozent
Russische Föderation	230	5,91 Prozent

Ausreisepflichtige in Hamburg	Anzahl der Ausländer im AZR	Anteil
alle Staatsangehörigkeiten	9 416	100 Prozent
darunter:		
Afghanistan	865	9,19 Prozent
Türkei	638	6,78 Prozent
Iran	614	6,52 Prozent
Ghana	588	6,24 Prozent
Russische Föderation	477	5,07 Prozent

Ausreisepflichtige in Hessen	Anzahl der Ausländer im AZR	Anteil
alle Staatsangehörigkeiten	12 678	100 Prozent
darunter:		
Türkei	1 328	10,47 Prozent
Afghanistan	1 327	10,47 Prozent
Irak	847	6,68 Prozent
Iran	721	5,69 Prozent
Somalia	538	4,24 Prozent

Ausreisepflichtige in Mecklenburg-Vorpommern	Anzahl der Ausländer im AZR	Anteil
alle Staatsangehörigkeiten	3 978	100 Prozent
darunter:		
Russische Föderation	505	12,69 Prozent
Irak	373	9,38 Prozent
Türkei	265	6,66 Prozent
Syrien	265	6,66 Prozent
Ukraine	264	6,64 Prozent

Ausreisepflichtige in Niedersachsen	Anzahl der Ausländer im AZR	Anteil
alle Staatsangehörigkeiten	20 665	100 Prozent
darunter:		
Irak	2 183	10,56 Prozent
Türkei	1 596	7,72 Prozent
Georgien	1 350	6,53 Prozent
Kolumbien	1 005	4,86 Prozent
Serbien	988	4,78 Prozent

Ausreisepflichtige in Nordrhein-Westfalen	Anzahl der Ausländer im AZR	Anteil
alle Staatsangehörigkeiten	51 972	100 Prozent
darunter:		
Irak	5 245	10,09 Prozent
Serbien	3 513	6,76 Prozent
Türkei	3 480	6,70 Prozent
Guinea	2 591	4,99 Prozent
Syrien	2 552	4,91 Prozent

Ausreisepflichtige in Rheinland-Pfalz	Anzahl der Ausländer im AZR	Anteil
alle Staatsangehörigkeiten	8 273	100 Prozent
darunter:		
Türkei	716	8,65 Prozent
Irak	628	7,59 Prozent
Afghanistan	611	7,39 Prozent
Syrien	549	6,64 Prozent
Pakistan	487	5,89 Prozent

Ausreisepflichtige in Saarland	Anzahl der Ausländer im AZR	Anteil
alle Staatsangehörigkeiten	1 929	100 Prozent
darunter:		
Syrien	680	35,25 Prozent
Türkei	197	10,21 Prozent
Irak	114	5,91 Prozent
Serbien	96	4,98 Prozent
Ukraine	70	3,63 Prozent

Ausreisepflichtige in Sachsen	Anzahl der Ausländer im AZR	Anteil
alle Staatsangehörigkeiten	11 878	100 Prozent
darunter:		
Venezuela	1 290	10,86 Prozent
Russische Föderation	1 128	9,50 Prozent
Indien	950	8,00 Prozent
Irak	859	7,23 Prozent
Georgien	713	6,00 Prozent

Ausreisepflichtige in Sachsen-Anhalt	Anzahl der Ausländer im AZR	Anteil
alle Staatsangehörigkeiten	4 711	100 Prozent
darunter:		
Indien	708	15,03 Prozent
Russische Föderation	354	7,51 Prozent
Syrien	285	6,05 Prozent
Guinea-Bissau	253	5,37 Prozent
Türkei	249	5,29 Prozent

Ausreisepflichtige in Schleswig-Holstein	Anzahl der Ausländer im AZR	Anteil
alle Staatsangehörigkeiten	9 560	100 Prozent
darunter:		
Irak	1 953	20,43 Prozent
Türkei	925	9,68 Prozent
Afghanistan	776	8,12 Prozent
Russische Föderation	740	7,74 Prozent
Syrien	703	7,35 Prozent

Ausreisepflichtige im Freistaat Thüringen	Anzahl der Ausländer im AZR	Anteil
alle Staatsangehörigkeiten	4 322	100 Prozent
darunter:		
Irak	561	12,98 Prozent
Syrien	310	7,17 Prozent
Türkei	307	7,10 Prozent
Afghanistan	305	7,06 Prozent
Georgien	303	7,01 Prozent

22. Was ist der Bundesregierung über den Verbleib eines jungen Mannes aus Mauretanien bekannt, der am 10. Juli 2023 aus Deutschland nach Mauretanien abgeschoben wurde, nachdem sein Asylantrag wegen Konversion zum Christentum abgelehnt worden war, und dem in Mauretanien ein Prozess wegen sogenannter Apostasie droht (vgl. Bundestagsdrucksache 20/9025), ist der Bundesregierung bekannt, ob der Mann sich weiterhin in Haft befindet, unterstützt die Bundesregierung den Mann, und wenn ja, inwiefern?

Auch unter Abwägung des parlamentarischen Kontrollinteresses kommt die Bundesregierung hier zu dem Ergebnis, dass die gewünschten Einzelfallinformationen zum Schutz des allgemeinen Persönlichkeitsrechts des Betroffenen nicht übermittelt werden können.

Anlage 1 zur Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Clara Bünger u. a. und der Gruppe Die Linke, Bundestagsdrucksache 20/14492

Die Angaben zur Beantwortung der Fragen 10a bis 10e sind in der Tabelle aufgeführt. Die Angaben zu den Fluggesellschaften (10b) sind in einer separaten Anlage, die als VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH eingestuft ist, aufgeführt.

Datum	1. Zielstaat	1. Zielstaat Rückgeführte Personen	1. Zielstaat Beteiligte Länder/ Bundespolizei	2. Zielstaat	2. Zielstaat Rückgeführte Personen	2. Zielstaat Beteiligte Länder/ Bundespolizei	Rückgeführte Personen Gesamt	Bundesbeamte	Staat / Behörde / Institution (Federführend)	Kosten des Fluggerätes	Frontex Finanzierung
08.01.2024	Moldau	15	BY BE HH HE NI				15	28	BPOL	68.414 €	Ja
11.01.2024	Bosnien und Herzegowina	9	BW BY NW SN	Serbien	22	BW MV SL	31	36	BPOL	89.080 €	Ja
12.01.2024	Kroatien	7	SH				7	16	BPOL	57.410 €	Nein
16.01.2024	Serbien	31	NW	Nordmazedonien	41	NW	72	58	BPOL	97.000 €	Ja
17.01.2024	Tunesien	17	BW HH RP SN TH				17	66	BPOL	70.980 €	Ja
18.01.2024	Irak	22	BY BPOL				22	77	BPOL	189.080 €	Ja
23.01.2024	Georgien	40	BW BY BE BB HH NW RP SN ST TH				40		BPOL	105.500 €	Ja
23.01.2024	Nigeria	29	BY BE HB HE NW				29	91	BPOL	227.110 €	Ja
23.01.2024	Libanon	3	SN				3	13	BPOL	87.405 €	Nein

Datum	1. Zielstaat	1. Zielstaat Rückgeführte Personen	1. Zielstaat Beteiligte Länder/ Bundespolizei	2. Zielstaat	2. Zielstaat Rückgeführte Personen	2. Zielstaat Beteiligte Länder/ Bundespolizei	Rückgeführte Personen Gesamt	Bundesbeamte	Staat / Behörde / Institution (Federführend)	Kosten des Fluggerätes	Frontex Finanzierung
26.01.2024	Albanien	59	BB HH HE NI SL SN ST SH TH BPOL	Kosovo	13	BW BY NI ST SH TH	72	90	BPOL	92.080 €	Ja
26.01.2024	Kroatien	12	HE NI				12	34	BPOL	55.085 €	Nein
29.01.2024	Kroatien	4	BW				4	16	BPOL	51.085 €	Nein
30.01.2024	Serbien	4	BY	Moldau	60	BY BPOL	64	59	BPOL	85.070 €	Ja
31.01.2024	Armenien	16	BY MV RP SN SH				16	34	BPOL	109.880 €	Ja
02.02.2024	Albanien	75	NW	Kosovo	7	NW	82	60	BPOL	97.080 €	Ja
06.02.2024	Nordmazedonien	70	MV RP SN ST TH	Serbien	21	BB NI SN ST TH	91	57	BPOL	98.100 €	Ja
08.02.2024	Georgien	33	NI NW SN ST SH				33		BPOL	132.900 €	Ja
08.02.2024	Bulgarien	23	BY				23	59	BPOL	62.070 €	Nein
13.02.2024	Nordmazedonien	102	BW BY HE SL	Kosovo	9	BW BY BE HE	111	57	BPOL	98.610 €	Ja
15.02.2024	Aserbaidsschan	42	BY HE NW RP				42	54	BPOL	111.945 €	Ja
15.02.2024	Nigeria	10	BW BY NW RP ST	Ghana	7	BW HH NW SH BPOL	17	51	BPOL	360.110 €	Ja
20.02.2024	Serbien	28	NW	Nordmazedonien	56	NW	84	49	BPOL	97.000 €	Ja

Datum	1. Zielstaat	1. Zielstaat Rückgeführte Personen	1. Zielstaat Beteiligte Länder/ Bundespolizei	2. Zielstaat	2. Zielstaat Rückgeführte Personen	2. Zielstaat Beteiligte Länder/ Bundespolizei	Rückgeführte Personen Gesamt	Bundesbeamte	Staat / Behörde / Institution (Federführend)	Kosten des Fluggerätes	Frontex Finanzierung
20.02.2024	Irak	19	BY HE SL				19	42	BPOL	196.080 €	Ja
20.02.2024	Albanien	40	BY BB HH HE MV NI SH TH BPOL	Kosovo	4	BY TH	44	49	BPOL	86.796 €	Ja
22.02.2024	Georgien	55	BW BY HE NW RP ST TH BPOL				55		BPOL	105.500 €	Ja
23.02.2024	Kroatien	11	BB NW				11	44	BPOL	57.050 €	Nein
27.02.2024	Kongo, Dem. Republik	9	BY NW				9	37	BPOL	299.580 €	Ja
27.02.2024	Ägypten	3	BY MV RP				3	16	BPOL	88.070 €	Ja
28.02.2024	Gambia	30	BW				30	73	BPOL	193.780 €	Ja
29.02.2024	Griechenland	4	BY				4	24	BPOL	53.070 €	Nein
05.03.2024	Moldau	35	BY BE HH HE MV NI SH TH	Serbien	48	BY BE BB HH MV NI NW TH	83	68	BPOL	86.070 €	Ja
05.03.2024	Pakistan	34	BW BY BB HE NI NW RP SN SH				34	82	BPOL	485.110 €	Ja
06.03.2024	Georgien	55	NW				55		BPOL	110.900 €	Ja
06.03.2024	Tunesien	17	BW BY HH SN ST				17	62	BPOL	70.980 €	Ja
06.03.2024	Irak	24	BY MV SH				24	71	BPOL	191.530 €	Ja

Datum	1. Zielstaat	1. Zielstaat Rückgeführte Personen	1. Zielstaat Beteiligte Länder/ Bundespolizei	2. Zielstaat	2. Zielstaat Rückgeführte Personen	2. Zielstaat Beteiligte Länder/ Bundespolizei	Rückgeführte Personen Gesamt	Bundesbeamte	Staat / Behörde / Institution (Federführend)	Kosten des Fluggerätes	Frontex Finanzierung
08.03.2024	Kroatien	3	BY				3	22	BPOL	50.085 €	Nein
12.03.2024	Nigeria	15	BY NW ST TH BPOL	Ghana	13	BY HE NI NW ST TH	28	101	BPOL	350.110 €	Ja
13.03.2024	Serbien	45	NI	Nordmazedonien	42	MV NI SN ST SH	87	80	BPOL	114.600 €	Ja
13.03.2024	Gambia	18	BY BE SN ST				18	57	BPOL	166.880 €	Ja
14.03.2024	Irak	30	BW BY HE ST				30	65	BPOL	196.080 €	Ja
14.03.2024	Moldau	30	BE HE BPOL				30		BPOL	70.070 €	Ja
15.03.2024	Albanien	42	NW SH	Kosovo	7	NW	49	48	BPOL	82.350 €	Ja
19.03.2024	Serbien	51	BW BY HE NW SL ST TH	Nordmazedonien	29	BY BB MV ST	80	50	BPOL	83.342 €	Ja
19.03.2024	Georgien	62	BW BY NI SN SH TH				62		BPOL	105.500 €	Ja
20.03.2024	Spanien	16	SH				16	31	BPOL	73.600 €	Nein
21.03.2024	Serbien	36	NW	Nordmazedonien	34	NW	70	58	BPOL	97.000 €	Ja
26.03.2024	Georgien	70	BW BE HH NI SN ST TH				70		BPOL	105.500 €	Ja
27.03.2024	Nordmazedonien	82	BW BB SL ST TH				82	51	BPOL	75.070 €	Ja

Datum	1. Zielstaat	1. Zielstaat Rückgeführte Personen	1. Zielstaat Beteiligte Länder/ Bundespolizei	2. Zielstaat	2. Zielstaat Rückgeführte Personen	2. Zielstaat Beteiligte Länder/ Bundespolizei	Rückgeführte Personen Gesamt	Bundesbeamte	Staat / Behörde / Institution (Federführend)	Kosten des Fluggerätes	Frontex Finanzierung
28.03.2024	Kroatien	9	HH				9	26	BPOL	54.085 €	Nein
05.04.2024	Albanien	49	BY HE MV NI NW SN ST SH	Moldau	30	BY BPOL	79	86	BPOL	100.900 €	Ja
05.04.2024	Kroatien	1	BPOL				1	32	BPOL	56.770 €	Nein
09.04.2024	Indien	19	BW BE HE NW RP SN ST				19	60	BPOL	225.910 €	Ja
10.04.2024	Nordmazedonien	28	BE HH MV RP SH	Moldau	36	BE NI ST	64	52	BPOL	88.850 €	Ja
11.04.2024	Georgien	65	BW BY HE NI NW RP SH				65		BPOL	112.500 €	Ja
11.04.2024	Bulgarien	1	BY				1	22	BPOL	59.940 €	Nein
16.04.2024	Nigeria	34	BY BB NW RP BPOL				34	96	BPOL	375.110 €	Ja
17.04.2024	Tunesien	20	BW BY BE HH NW SN BPOL				20	73	BPOL	73.980 €	Ja
17.04.2024	Kroatien	5	HH				5	18	BPOL	60.351 €	Nein
23.04.2024	Moldau	37	BE BB MV NI SN				37		BPOL	73.070 €	Ja
23.04.2024	Spanien	4	SH				4	16	BPOL	72.456 €	Nein
24.04.2024	Irak	26	BY HE RP SN				26	86	BPOL	185.680 €	Ja

Datum	1. Zielstaat	1. Zielstaat Rückgeführte Personen	1. Zielstaat Beteiligte Länder/ Bundespolizei	2. Zielstaat	2. Zielstaat Rückgeführte Personen	2. Zielstaat Beteiligte Länder/ Bundespolizei	Rückgeführte Personen Gesamt	Bundesbeamte	Staat / Behörde / Institution (Federführend)	Kosten des Fluggerätes	Frontex Finanzierung
25.04.2024	Georgien	51	BY BB HH HE NI NW SN ST TH BPOL				51		BPOL	133.000 €	Ja
25.04.2024	Bulgarien	2	NW				2	10	BPOL	58.985 €	Nein
26.04.2024	Kroatien	6	BW BE				6	36	BPOL	61.256 €	Nein
30.04.2024	Serbien	26	NW	Nordmazedonien	32	NW	58	59	BPOL	140.100 €	Ja
06.05.2024	Spanien	5	NW				5	19	BPOL	62.575 €	Nein
07.05.2024	Georgien	63	BY NI NW ST BPOL				63		BPOL	110.900 €	Ja
07.05.2024	Bosnien und Herzegowina	23	BW BY BE HH NW ST	Nordmazedonien	58	BW HH ST	81	52	BPOL	87.930 €	Ja
07.05.2024	Bulgarien	4	HE NW				4	24	BPOL	58.985 €	Nein
08.05.2024	Moldau	31	BY BE				31	50	BPOL	74.020 €	Ja
08.05.2024	Albanien	48	NI NW SN BPOL	Nordmazedonien	33	NW	81	60	BPOL	111.070 €	Ja
08.05.2024	Kroatien	4	TH				4	18	BPOL	46.085 €	Nein
14.05.2024	Irak	30	HE NI NW RP SL SN				30	85	BPOL	191.530 €	Ja
14.05.2024	Nigeria	20	BW BY NW ST SH	Ghana	7	BW BY MV NI SH	27	72	BPOL	380.110 €	Ja

Datum	1. Zielstaat	1. Zielstaat Rückgeführte Personen	1. Zielstaat Beteiligte Länder/ Bundespolizei	2. Zielstaat	2. Zielstaat Rückgeführte Personen	2. Zielstaat Beteiligte Länder/ Bundespolizei	Rückgeführte Personen Gesamt	Bundesbeamte	Staat / Behörde / Institution (Federführend)	Kosten des Fluggerätes	Frontex Finanzierung
14.05.2024	Bulgarien	19	BY				19	49	BPOL	64.170 €	Nein
15.05.2024	Tunesien	21	BW BY HE MV NI SN				21	65	BPOL	83.070 €	Ja
17.05.2024	Kroatien	15	HE				15	39	BPOL	66.585 €	Nein
22.05.2024	Albanien	37	HB HE NI ST TH	Kosovo	22	BY HE NI NW RP SN ST	59	51	BPOL	101.920 €	Ja
22.05.2024	Moldau	30	BE	Serbien	52	BY BE HB HH NW RP	82	62	BPOL	124.070 €	Ja
22.05.2024	Irak	20	BY NW RP SL BPOL				20	73	BPOL	203.570 €	Ja
23.05.2024	Georgien	26	BY NI SN ST TH				26		BPOL	105.500 €	Ja
27.05.2024	Serbien	45	SN ST TH BPOL	Nordmazedonien	50	NI SN TH	95	58	BPOL	92.070 €	Ja
28.05.2024	Gambia	24	BW BY				24	87	BPOL	181.080 €	Ja
28.05.2024	Georgien	53	BW BE HH HE MV NW RP ST				53		BPOL	105.500 €	Ja
29.05.2024	Moldau	47	HE NI SH				47	70	BPOL	102.370 €	Ja
29.05.2024	Albanien	20	BW BY NW SL	Kosovo	21	BW HH	41	39	BPOL	99.220 €	Ja
31.05.2024	Kroatien	7	HE SH				7	21	BPOL	80.070 €	Nein

Datum	1. Zielstaat	1. Zielstaat Rückgeführte Personen	1. Zielstaat Beteiligte Länder/ Bundespolizei	2. Zielstaat	2. Zielstaat Rückgeführte Personen	2. Zielstaat Beteiligte Länder/ Bundespolizei	Rückgeführte Personen Gesamt	Bundesbeamte	Staat / Behörde / Institution (Federführend)	Kosten des Fluggerätes	Frontex Finanzierung
04.06.2024	Serbien	28	NI NW				28	34	BPOL	91.238 €	Ja
04.06.2024	Pakistan	36	BW BY HE NI NW RP SN				36	72	BPOL	385.110 €	Ja
04.06.2024	Irak	19	BY BE BB HE				19	46	BPOL	183.610 €	Ja
04.06.2024	Spanien	17	SH				17	21	BPOL	77.585 €	Nein
05.06.2024	Georgien	58	BW BY RP				58		BPOL	112.500 €	Ja
06.06.2024	Serbien	14	HE NI SL TH				14	21	BPOL	76.850 €	Ja
06.06.2024	Bulgarien	2	NW				2	25	BPOL	63.085 €	Nein
06.06.2024	Armenien	31	BY NI NW RP ST				31	50	BPOL	130.672 €	Ja
10.06.2024	Serbien	6	BW	Nordmazedonien	45	BY BW RP SN	51	0	BW	BPOL nicht bekannt	BPOL nicht bekannt
11.06.2024	Nigeria	17	BW BY NW ST	Ghana	13	HH MV NW SN SH BPOL	30	95	BPOL	385.110 €	Ja
11.06.2024	Irak	17	BW BY BE HH NI NW RP SH				17	60	BPOL	234.158 €	Ja
12.06.2024	Tunesien	23	BY HH HE MV NI NW SN BPOL				23	59	BPOL	85.070 €	Ja
13.06.2024	Kroatien	6	BY				6	36	BPOL	75.685 €	Nein

Datum	1. Zielstaat	1. Zielstaat Rückgeführte Personen	1. Zielstaat Beteiligte Länder/ Bundespolizei	2. Zielstaat	2. Zielstaat Rückgeführte Personen	2. Zielstaat Beteiligte Länder/ Bundespolizei	Rückgeführte Personen Gesamt	Bundesbeamte	Staat / Behörde / Institution (Federführend)	Kosten des Fluggerätes	Frontex Finanzierung
20.06.2024	Georgien	42	BY NI NW				42		BPOL	110.900 €	Ja
21.06.2024	Kroatien	3	BW				3	15	BPOL	73.070 €	Nein
25.06.2024	Irak	7	BW BY				7	24	AUT	keine	Ja
27.06.2024	Albanien	51	NI NW SH BPOL	Kosovo	20	BE NI NW BPOL	71	50	BPOL	110.070 €	Ja
04.07.2024	Serbien	38	NW BPOL	Nordmazedonien	38	NW	76	55	BPOL	110.070 €	Ja
04.07.2024	Georgien	50	BY NW ST BPOL				50		BPOL	141.500 €	Ja
05.07.2024	Kroatien	4	BY BE BPOL				4	14	BPOL	58.785 €	Nein
15.07.2024	Nordmazedonien	71	BW HE NI SN	Serbien	44	BW BY HE NW SL	115	74	BPOL	111.070 €	Ja
16.07.2024	Nigeria	41	BW BY BE BB NW SN	Ghana			41	110	BPOL	404.610 €	Ja
18.07.2024	Moldau	37	BY BE NI SN ST	Bosnien und Herzegowina	23	BY BE BB NI RP	60	66	BPOL	108.070 €	Ja
18.07.2024	Kroatien	6	NW				6	23	BPOL	58.685 €	Nein
24.07.2024	Albanien	25	BY HE NI NW RP SN TH	Moldau	15	BY	40	50	BPOL	104.540 €	Ja
24.07.2024	Griechenland	6	MV				6	28	BPOL	107.085 €	Nein

Datum	1. Zielstaat	1. Zielstaat Rückgeführte Personen	1. Zielstaat Beteiligte Länder/ Bundespolizei	2. Zielstaat	2. Zielstaat Rückgeführte Personen	2. Zielstaat Beteiligte Länder/ Bundespolizei	Rückgeführte Personen Gesamt	Bundesbeamte	Staat / Behörde / Institution (Federführend)	Kosten des Fluggerätes	Frontex Finanzierung
24.07.2024	Tunesien	22	BW BY MV NW SN				22	55	BPOL	125.070 €	Ja
30.07.2024	Moldau	32	BE MV TH				32		BPOL	78.070 €	Ja
30.07.2024	Griechenland	10	BY				10	38	BPOL	72.585 €	Nein
01.08.2024	Aserbaidshon	35	BY BE HE NI NW				35	50	BPOL	155.070 €	Ja
07.08.2024	Bulgarien	4	HE MV				4	12	BPOL	71.070 €	Nein
08.08.2024	Georgien	61	BY BE BB NI NW RP SN ST TH BPOL				61		BPOL	105.500 €	Ja
08.08.2024	Kroatien	4	BW MV SH				4	13	BPOL	59.585 €	Nein
14.08.2024	Albanien	52	BW HH HE NI NW RP ST SH TH	Kosovo	33	BW BE NW RP TH	85	53	BPOL	111.070 €	Ja
14.08.2024	Spanien	17	HH NI SH				17	24	BPOL	84.785 €	Nein
20.08.2024	Irak	36	BW HH HE MV RP SH BPOL				36	83	BPOL	245.080 €	Ja
20.08.2024	Rumänien	14	BY				14	38	BPOL	63.085 €	Nein
21.08.2024	Georgien	55	BY BE HE NI NW ST TH BPOL				55		BPOL	110.900 €	Ja
21.08.2024	Tunesien	23	BW BY HB HH HE MV NW SN TH				23	59	BPOL	92.070 €	Ja

Datum	1. Zielstaat	1. Zielstaat Rückgeführte Personen	1. Zielstaat Beteiligte Länder/ Bundespolizei	2. Zielstaat	2. Zielstaat Rückgeführte Personen	2. Zielstaat Beteiligte Länder/ Bundespolizei	Rückgeführte Personen Gesamt	Bundesbeamte	Staat / Behörde / Institution (Federführend)	Kosten des Fluggerätes	Frontex Finanzierung
22.08.2024	Bulgarien	1	RP				1	4	BPOL	67.935 €	Nein
26.08.2024	Moldau	32	BY BE BB NI	Serbien	55	BY BE HE MV NI NW SL ST TH	87	63	BPOL	105.070 €	Ja
27.08.2024	Nigeria	29	BW BY HE NW BPOL	Ghana	6	BY NW ST	35	63	BPOL	464.610 €	Ja
27.08.2024	Kroatien	11	BY BE HE NI ST				11	28	BPOL	65.620 €	Nein
29.08.2024	Albanien	51	BY NW	Kosovo	36	NW	87	65	BPOL	112.070 €	Ja
30.08.2024	Afghanistan	28	BW BY BE HE MV NI NW RP SN ST TH				28		BPOL		
03.09.2024	Pakistan	23	BW BY BE BB HH HE NI NW RP SN				23	60	BPOL	465.110 €	Ja
03.09.2024	Elfenbeinküste (Cote d' Ivoire)	9	BY NI	Senegal	9	BY	18	53	BPOL	354.440 €	Ja
04.09.2024	Georgien	44	BY BE BB HE NI NW SN ST TH				44		BPOL	133.000 €	Ja
05.09.2024	Kroatien	29	HH NW SH				29	43	BPOL	74.070 €	Nein
05.09.2024	Nordmazedonien	32	BY MV SN ST	Kosovo	9	BY	41	49	BPOL	107.900 €	Ja
10.09.2024	Moldau	38	BE NW SH				38		BPOL	78.070 €	Ja
10.09.2024	Irak	35	BY HE SN BPOL				35	66	BPOL	219.070 €	Ja

Datum	1. Zielstaat	1. Zielstaat Rückgeführte Personen	1. Zielstaat Beteiligte Länder/ Bundespolizei	2. Zielstaat	2. Zielstaat Rückgeführte Personen	2. Zielstaat Beteiligte Länder/ Bundespolizei	Rückgeführte Personen Gesamt	Bundesbeamte	Staat / Behörde / Institution (Federführend)	Kosten des Fluggerätes	Frontex Finanzierung
11.09.2024	Albanien	49	BY HH HE MV NI NW RP	Kosovo	35	HE NI	84	94	BPOL	108.570 €	Ja
11.09.2024	Serbien	25	BW HE SN	Nordmazedonien	69	BW SN TH	94		BW		
12.09.2024	Bulgarien	2	HH NW				2	8	BPOL	83.485 €	Nein
12.09.2024	Ägypten	7	RP SH BPOL				7	20	BPOL	100.285 €	Ja
12.09.2024	Georgien	56	BW				56		BPOL	112.500 €	Ja
16.09.2024	Moldau	27	BY BE MV NI SN SH	Georgien	40	BE NI ST	67	54	BPOL	180.070 €	Ja
17.09.2024	Serbien	13	HH NI ST SH	Nordmazedonien	23	HH MV ST SH	36	53	BPOL	115.810 €	Ja
18.09.2024	Irak	40	BE HH HE NI NW SN SH				40	77	BPOL	244.480 €	Ja
18.09.2024	Georgien	64	BY RP SH				64		BPOL	105.500 €	Ja
19.09.2024	Nigeria	29	BW BY BE HE NI NW RP SN	Ghana	16	BW BY BE HB HH NI NW SN	45	96	BPOL	464.610 €	Ja
19.09.2024	Bulgarien	25	BY RP				25	31	BPOL	78.070 €	Nein
24.09.2024	Armenien	34	BY HH MV NI RP SN ST SH				34	47	BPOL	125.720 €	Ja
24.09.2024	Serbien	54	NW RP	Nordmazedonien	28	NW	82	60	BPOL	130.070 €	Ja

Datum	1. Zielstaat	1. Zielstaat Rückgeführte Personen	1. Zielstaat Beteiligte Länder/ Bundespolizei	2. Zielstaat	2. Zielstaat Rückgeführte Personen	2. Zielstaat Beteiligte Länder/ Bundespolizei	Rückgeführte Personen Gesamt	Bundesbeamte	Staat / Behörde / Institution (Federführend)	Kosten des Fluggerätes	Frontex Finanzierung
25.09.2024	Tunesien	18	BY BB HH NW SN ST SH BPOL				18	64	BPOL	89.070 €	Ja
26.09.2024	Georgien	52	NW SN				52		BPOL	110.900 €	Ja
26.09.2024	Kroatien	2	RP ST				2	10	BPOL	61.585 €	Nein
26.09.2024	Spanien	8	HH				8	18	BPOL	78.885 €	Nein
30.09.2024	Kosovo	34	BW ST				34		BW		
01.10.2024	Nordmazedonien	52	BW	Bosnien und Herzegowina	12	BW BY HE NW SL	64	46	BPOL	94.835 €	Ja
01.10.2024	Georgien	29	BE HE NI RP ST				29		BPOL	105.500 €	Ja
02.10.2024	Nordmazedonien	22	NW RP	Kosovo	33	NW	55	42	BPOL	101.770 €	Ja
02.10.2024	Tunesien	24	BY HE RP				24	63	BPOL	82.070 €	Ja
08.10.2024	Pakistan	24	BW BY HE NI NW RP SN				24	61	BPOL	470.110 €	Ja
08.10.2024	Moldau	22	BE MV	Nordmazedonien	29	BE HE RP	51	58	BPOL	109.350 €	Ja
09.10.2024	Bulgarien	1	TH				1	3	BPOL	75.070 €	Nein
11.10.2024	Albanien	9	BY BE NI SN ST	Moldau	14	BY	23	22	BPOL	99.845 €	Ja

Datum	1. Zielstaat	1. Zielstaat Rückgeführte Personen	1. Zielstaat Beteiligte Länder/ Bundespolizei	2. Zielstaat	2. Zielstaat Rückgeführte Personen	2. Zielstaat Beteiligte Länder/ Bundespolizei	Rückgeführte Personen Gesamt	Bundesbeamte	Staat / Behörde / Institution (Federführend)	Kosten des Fluggerätes	Frontex Finanzierung
15.10.2024	Nigeria	30	BW BY HB NW RP ST BPOL	Ghana	8	BW BY HE RP BPOL	38	62	BPOL	424.610 €	Ja
15.10.2024	Kroatien	6	TH				6	23	BPOL	73.070 €	Nein
15.10.2024	Somalia	1	RP				1	5	BPOL		
17.10.2024	Albanien	30	HB MV NI SH	Kosovo	9	BY MV	39	49	BPOL	95.120 €	Ja
17.10.2024	Georgien	39	BW BY HH MV RP SN TH				39		BPOL	105.500 €	Ja
21.10.2024	Moldau	23	BE HE MV	Serbien	22	HE BE	45	61	BPOL	102.070 €	Ja
22.10.2024	Irak	37	BY BE HH HE RP SN ST				37	83	BPOL	221.405 €	Ja
22.10.2024	Spanien	11	HH SH				11	22	BPOL	73.340 €	Nein
22.10.2024	Albanien	60	NI NW				60	56	BPOL	94.570 €	Ja
24.10.2024	Kroatien	10	HE				10	26	BPOL	77.070 €	Nein
24.10.2024	Bulgarien	4	NW RP				4	12	BPOL	75.935 €	Nein
28.10.2024	Kosovo	43	BW NI ST	Albanien	10	BW HE NI SL	30		BW		
29.10.2024	Georgien	60	BW BE BB NI NW RP SN SH TH BPOL				60		BPOL	110.900 €	Ja

Datum	1. Zielstaat	1. Zielstaat Rückgeführte Personen	1. Zielstaat Beteiligte Länder/ Bundespolizei	2. Zielstaat	2. Zielstaat Rückgeführte Personen	2. Zielstaat Beteiligte Länder/ Bundespolizei	Rückgeführte Personen Gesamt	Bundesbeamte	Staat / Behörde / Institution (Federführend)	Kosten des Fluggerätes	Frontex Finanzierung
30.10.2024	Serbien	25	BY NW BPOL	Nordmazedonien	55	NW	80	70	BPOL	140.100 €	Ja
05.11.2024	Bosnien und Herzegowina	17	BY HB NI NW	Moldau	15	BE	32	46	BPOL	97.610 €	Ja
05.11.2024	Rumänien	15	BY SH				15	29	BPOL	70.581 €	Nein
06.11.2024	Tunesien	25	BW BY HE MV NW RP SN SH				25	67	BPOL	70.980 €	Ja
07.11.2024	Bulgarien	3	RP TH BPOL				3	11	BPOL	59.585 €	Nein
07.11.2024	Spanien	10	SH				10	15	BPOL	68.385 €	Nein
12.11.2024	Nigeria	15	BW BY BB NW SH BPOL	Ghana	21	BW HH MV NW SH	35	115	BPOL	350.110 €	Ja
12.11.2024	Irak	42	BW HE RP ST SH				42	94	BPOL	227.850 €	Ja
13.11.2024	Moldau	12	BE NW SN				12		BPOL	70.070 €	Ja
13.11.2024	Kroatien	15	BY				15	31	BPOL	66.070 €	Nein
13.11.2024	Spanien	1	HH				1	4	BPOL	67.285 €	Nein
13.11.2024	Kongo, Dem. Republik	3	HE				3	9	BEL	keine	Ja
14.11.2024	Georgien	64	BW SN				64		BPOL	112.500 €	Ja

Datum	1. Zielstaat	1. Zielstaat Rückgeführte Personen	1. Zielstaat Beteiligte Länder/ Bundespolizei	2. Zielstaat	2. Zielstaat Rückgeführte Personen	2. Zielstaat Beteiligte Länder/ Bundespolizei	Rückgeführte Personen Gesamt	Bundesbeamte	Staat / Behörde / Institution (Federführend)	Kosten des Fluggerätes	Frontex Finanzierung
15.11.2024	Albanien	34	BY NI NW SH	Kosovo	29	BY NW	63	62	BPOL	116.100 €	Ja
19.11.2024	Nordmazedonien	41	BW BY HE NI	Serbien	42	BW HE TH	83	70	BPOL	87.100 €	Ja
20.11.2024	Serbien	47	BY NI TH	Montenegro	20	HH MV NI RP	67	71	BPOL	82.000 €	Ja
21.11.2024	Moldau	4	BE	Georgien	46	BE BB HE ST TH	50	66	BPOL	132.070 €	Ja
26.11.2024	Aserbaidshjan	37	BY HE NW RP BPOL				37	88	BPOL	126.432 €	Ja
26.11.2024	Albanien	46	BW BE BB HH HE MV NI ST TH	Kosovo	32	BE HH HE MV SN ST	78	63	BPOL	86.100 €	Ja
26.11.2024	Georgien	47	HE NW RP SN ST SH BPOL				47		BPOL	110.900 €	Ja
27.11.2024	Bulgarien	2	MV RP				2	6	BPOL	65.100 €	Nein
27.11.2024	Griechenland	11	BY				11	33	BPOL	59.900 €	Nein
28.11.2024	Irak	35	HE MV NI NW RP SL SN SH				35	73	BPOL	191.080 €	Ja
28.11.2024	Kroatien	6	HE SH TH				6	17	BPOL	53.085 €	Nein
03.12.2024	Serbien	32	NW	Nordmazedonien	39	NW	71	65	BPOL	116.100 €	Ja
03.12.2024	Moldau	32	BE BB NI				32		BPOL	70.070 €	Ja

Datum	1. Zielstaat	1. Zielstaat Rückgeführte Personen	1. Zielstaat Beteiligte Länder/ Bundespolizei	2. Zielstaat	2. Zielstaat Rückgeführte Personen	2. Zielstaat Beteiligte Länder/ Bundespolizei	Rückgeführte Personen Gesamt	Bundesbeamte	Staat / Behörde / Institution (Federführend)	Kosten des Fluggerätes	Frontex Finanzierung
03.12.2024	Irak	38	BW BY BB HE TH				38	73	BPOL	211.220 €	Ja
05.12.2024	Kroatien	22	NW				22	42	BPOL	61.870 €	Nein
09.12.2024	Moldau	43	BW BE	Serbien	38	BE RP HE SN ST TH	81	80	BPOL	93.490 €	Ja
10.12.2024	Nordmazedonien	41	BW BY	Kosovo	31	BW	72	56	BPOL	98.610 €	Ja
11.12.2024	Georgien	60	HB HH MV NI				60		BPOL	110.900 €	Ja
11.12.2024	Moldau	27	BY	Armenien	28	BY BE HH NW RP	55	57	BPOL	127.100 €	Ja
12.12.2024	Ägypten	4	NW RP				4	16	BPOL	108.278 €	Ja
16.12.2024	Moldau	24	BE NI NW	Georgien	61	BE NI HE NW SN	85	76	BPOL	101.320 €	Ja
16.12.2024	Albanien	28	NI NW TH	Nordmazedonien	29	NW TH	57	52	BPOL	94.347 €	Ja
18.12.2024	Nigeria	33	BW BY NW	Ghana	7	BW BY BB MV NW	40	110	BPOL	357.110 €	Ja
18.12.2024	Kolumbien	4	NI				4	9	ESP	44.985 €	Ja
18.12.2024	Armenien	12	HH MV NW SH				12	33	BPOL	114.514 €	Ja
19.12.2024	Irak	45	BY HH HE NW ST SH BPOL				45	84	BPOL	202.280 €	Ja

Datum	1. Zielstaat	1. Zielstaat Rückgeführte Personen	1. Zielstaat Beteiligte Länder/ Bundespolizei	2. Zielstaat	2. Zielstaat Rückgeführte Personen	2. Zielstaat Beteiligte Länder/ Bundespolizei	Rückgeführte Personen Gesamt	Bundesbeamte	Staat / Behörde / Institution (Federführend)	Kosten des Fluggerätes	Frontex Finanzierung
19.12.2024	Georgien	67	BW BY HE RP TH				67		BPOL	105.500 €	Ja
19.12.2024	Kroatien	5	BW HE				5	20	BPOL	60.680 €	Nein

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.